



Bundesministerium
des Innern

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Herrn
Dr. Diether Dehm, MdB
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-1117

FAX +49 (0)30 18 681-1019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 22. März 2013

BETREFF **Schriftliche Frage Monat März 2013**
HIER **Arbeitsnummer 3/139**

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Klaus-Dieter Fritsche

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Bellevue; U-Bahnhof Turmstraße
Bushaltestelle Kleiner Tiergarten

Schriftliche Frage des Abgeordneten Dr. Diether Dehm
vom 15. März 2013
(Monat März 2013, Arbeits-Nr. 3/139)

Frage

Welche weiteren Details kann die Bundesregierung zu dem Bericht der UN-Nachrichtenagentur IRIN vom 16. Januar 2013 (<http://tinyurl.com/codd71d>) mitteilen, wonach seitens der Bundesregierung entgegen früherer Zusagen nun doch keine Flüchtlinge mehr aus dem tunesischen Flüchtlingslager Choucha in Deutschland aufgenommen werden sollen und stattdessen die tunesische Regierung mit einer Zahlung von 600.000 Euro begünstigt werden soll (bitte auch das oder die Ministerien benennen, deren Etat(s) die Zahlung(en) erbringen wird), und mit welchen weiteren Geldern, Maßnahmen, Kapazitäten oder politischen Initiativen ist die Bundesregierung in die tunesische Migrations- und Asylpolitik eingebunden (bitte auch für Grenzsicherung angeben)?

Antwort

Über die Resettlement-Aufnahme 2012 hinaus Flüchtlinge aus Shousha aufzunehmen, war seitens der Bundesregierung zu keiner Zeit vorgesehen.

Deutschland unterstützt Tunesien seit 2012 im Rahmen der Transformationspartnerschaft mit bilateralen Projekten in den Bereichen Polizei, Grenzschutz und Katastrophenschutz. Die Bundespolizei hat mit der tunesischen Seite die Durchführung von zwei Pilotprojekten „Ausbildung im Bereich der grenzpolizeilichen Aufgabenwahrnehmung an TUN Flughäfen“ sowie „Ausbildung im Bereich der Maritimen Sicherheit“ vereinbart. Für die Umsetzung der Projekte der Bundespolizei wurden durch das Auswärtige Amt Haushaltsmittel in Höhe von 650.000 € zur Verfügung gestellt.